

Editorial

## Wer hat schon Mitleid mit Krisengewinnlern?

«Schlimmer als das Grounding der Swissair»: Der Stadtpräsident von Nidau, auf der Expo-Brache in ihrer Gemeinde

«Schlimmer als das Grounding der Swissair»: Der Stadtpräsident von Nidau, auf der Expo-Brache in ihrer Gemeinde

Der Vergleich auf den Punkt, was uns als Folge der Corona-Krise noch blüht. Städten und Gemeinden brechen die Steuereinnahmen weg, weil viele Unternehmen Verluste machen. Mit 15 bis 40 Prozent Mindereinnahmen ist zu rechnen, wie eine Umfrage des Städteverbandes bei 70 Städten ergeben hat. Ab 2022 werden zudem die Kosten für die Sozialhilfe steil ansteigen, weil dann die in der Krise Entlassenen aus der Arbeitslosenversicherung herausfallen.

Was ist zu tun? Steuererhöhungen machen wenig Sinn, wenn die Wirtschaft am Abgrund steht. Viele Gemeinden werden die Investitionen überprüfen und Projekte in die Zukunft verschieben müssen. Auch Ausgaben werden hinterfragt werden müssen.

In dieser Situation scheint der Vorschlag von Jan-Egbert Sturm, Leiter der Konjunkturforschungsstelle der ETH, attraktiv: Die Krisengewinnler sollen über eine Sondersteuer die Finanzlücke stopfen, zum

## Der Markt lebt davon, dass Firmen in Krisen Risiken eingehen

Beispiel Onlinehändler oder Pharmafirmen. Schon zu Beginn der Corona-Krise hatte SP-Präsident Christian Levrat eine solche Sonderabgabe vorgeschlagen.

Wer hat schon Mitleid mit Krisengewinnlern? Aber der Vorschlag hat schwere Mängel. Eine Steuer rückwirkend einzuführen, das geht in einem Rechtsstaat

nicht. In der Praxis dürfte es zudem unmöglich sein, die Gewinne aus den glücklichen Umständen des Lockdown von Leistungen zu trennen, die nichts mit der Krise zu tun hatten. Der Lausanner Ökonomieprofessor Marius Brühlhart warnt davor, dass solche Sondersteuern mit legalen Abgrenzungstricks in der Buchhaltung umgangen werden. So sei die Kriegsgewinnsteuer im Zweiten Weltkrieg sehr aufwendig gewesen – aber der Ertrag bescheiden.

Das wichtigste Argument ist aber grundsätzlicher. Die Marktwirtschaft lebt davon, dass Unternehmer bei Knappheiten Risiken eingehen. Ihr Gewinnmotiv sorgt gerade dafür, dass auch in Krisen genügend Ware vorhanden ist. So haben zum Beispiel die Onlinehändler im Lockdown investiert und mehr Leute eingestellt. Firmen haben ihre Produktion umgestellt, um Abstandsregeln einzuhalten, Weinbauern haben Desinfektionsmittel hergestellt.

All diesen Unternehmen war es zu verdanken, dass es gelungen ist, eine Versorgungskrise abzuwenden. Sie haben Risiken auf sich genommen und die Wirtschaft am Laufen gehalten. Sie nachträglich mit einer Sondersteuer zu belegen, wäre ungerecht und schädlich. Wenn sie mehr Gewinn machen, bezahlen sie sowieso mehr Steuern.

Mit dem bundesrätlichen Krisenpaket helfen wir den Krisenverlierern. Wollen die Gemeinden mehr machen, lockern sie Regulierungen. So erlauben Städte zum Beispiel den Wirten, mehr Tische draussen aufzustellen.

Schliesslich bleibt den Gemeinden der Umweg über zusätzliche Verschuldung. Viele haben in den guten Jahren Schulden abgebaut, sie haben nun genügend Spielraum.

Armin Müller, Mitglied der Chefredaktion

armin.mueller@sonntagszeitung.ch  
www.facebook.com/sonntagszeitung



Sandra Hess, Stadtpräsidentin von Nidau, auf der Expo-Brache in ihrer Gemeinde  
Foto: Franziska Rothenbühler

# Jetzt wird das Geld knapp

Vielen Gemeinden und Städten brechen wegen der Corona-Krise die Steuereinnahmen weg. Und spätestens in zwei Jahren drohen hohe Mehrausgaben für die Sozialhilfe

Dominik Feusi

Die Pandemie hinterlässt tiefe Spuren in den Kantons- und Gemeindefinanzen. Der Grund sind Ausfälle von Unternehmenssteuern in Millionenhöhe und steigende Sozialkosten. «Das wird schlimmer als das Grounding», sagt beispielsweise René Huber, Stadtpräsident von Kloten. Er weiss, wovon er spricht, schon 2001 sass er im Stadtrat, seit 2006 ist er Stadtpräsident. So düster wie jetzt waren die Aussichten noch nie. Die Rechnung der Stadt für dieses Jahr wird 25 bis 45 Millionen Franken schlechter ausfallen als geplant.

«Unsere Steuererträge werden sich quasi halbieren»

Doch der wirkliche Hammer kommt im nächsten Jahr. Huber rechnet mit einem Rückgang der Steuereinnahmen um 45 bis 65 Millionen Franken. «Unsere Steuererträge werden sich quasi halbieren», sagt der SVP-Mann. Der Grund: Die Steuern von Kloten kamen bisher zu fast siebzig Prozent von Unternehmen. «So etwas gibt es nirgends sonst in der Schweiz», sagt Huber. «Und rund achtzig Prozent dieser Unternehmenssteuern stammen von Firmen aus der Luftfahrtindustrie wie dem Flughafen, der Swiss, der Edelweiss und weiteren Dienstleistern am Flughafen, die alle durch die Pandemie extrem stark betroffen sind.» Weil Firmen Verluste während sieben Jahren bei den Steuern anrech-

nen können, werden sie auf Jahre hinaus keine Gewinnsteuern mehr abliefern.

Auch in Biel erarbeitet Finanzdirektorin Silvia Steidle zurzeit das Budget für das nächste Jahr. Und auch hier schlägt die Corona-Krise voll auf die Stadtfinanzen durch. Um dreissig Prozent könnten die Einnahmen bei den juristischen Personen zurückgehen, sagt die FDP-Politikerin. Damit liegt die Stadt innerhalb der erwarteten 15 bis 40 Prozent Mindereinnahmen, wie eine Umfrage des Städteverbandes bei 70 Städten Ende Mai ergeben hat.

Biel ist eine Industriestadt, wie kaum eine andere Gemeinde der Schweiz. Die Bieler Uhren- und Technologiefirmen geniessen Weltruf, aber ihre Einnahmen sind stark vom Export abhängig, der

## «Das wird schlimmer als das Grounding»

René Huber, Stadtpräsident von Kloten ZH

von der Pandemie besonders hart getroffen wurde. Die Bieler Swatch Group musste im Juli einen Betriebsverlust im ersten Halbjahr bekannt geben, ein unvorstellbarer Vorgang für die Uhrenstadt. Anderswo sieht es weniger schlimm aus: Doch selbst die von Verwaltung geprägte Stadt Bern

rechnet mit einem Einbruch der Steuererträge um zwölf Prozent.

Zwei Kilometer vom Büro von Silvia Steidle entfernt steht die Stadtverwaltung von Nidau. In der Vorortsgemeinde sieht die Situation völlig anders aus als in Biel, doch Unsicherheit herrscht auch hier. Stadtpräsidentin Sandra Hess (FDP) sagt, man habe zwar auch einige Unternehmen vor Ort, aber Nidau sei viel weniger von Unternehmenssteuern abhängig als Biel. «Dafür rechnen wir mit mehr Einbussen bei den natürlichen Personen.» Die Situation sei im Moment schwierig. «Es kommt mir vor wie ein Blick in eine Glaskugel», sagt Hess, «und ob wir richtig liegen, weiss niemand.»

Auch den Kantonen fehlen Millionen

Städte und Gemeinden sind nicht allein mit ihren finanziellen Sorgen. Der Kanton Bern rechnet im nächsten Jahr mit 458 Millionen weniger Steuereinnahmen. 2022 sogar mit 481 Millionen Franken weniger in der Kasse, und auch die weiteren Jahre sehen nicht gut aus, wie der Kanton Ende August darlegte. Hinzu kommen Corona-bedingte Mehraufwendungen von 128 Millionen Franken, davon 37 Millionen für die Sozialhilfe, 25 Millionen für Ertragsausfälle im öffentlichen Verkehr und 32 Millionen für die Berner Hochschulen, bei denen die Kurseinnahmen eingebrochen sind. Den Gemeinden hat der Kanton offenbar mitgeteilt, dass sie mit Mehrkos-

ten für die Sozialhilfe von fünfzig Franken pro Einwohner rechnen sollen.

Sandra Hess bestätigt, dass es seit Ausbruch der Pandemie einen Run auf die Sozialhilfe gegeben habe. «Wir befürchteten schon das Schlimmste», erzählt sie, «aber es ging den Betroffenen vor allem um

Skos: Zwanzig Prozent mehr Sozialhilfe

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) warnte bereits im Mai. In drei Szenarien legte sie mögliche Entwicklungen in der Sozialhilfe dar. Das mittlere Szenario geht von einer Steigerung der Ausgaben für die Sozialhilfe von zehn Prozent im kommenden Jahr aus, 2022 drohen dann noch einmal zehn Prozent. Die Skos hat ein monatliches Monitoring der Fallzahlen erstellt. Die Zahlen bis Ende Juli zeigen nur einen leichten Anstieg. «Wir sind damit deutlich unter der mittleren Prognose, und wir liegen auch noch klar unter dem optimistischen Szenario», sagt Skos-Präsident und Basler LDP-Nationalrat Christoph Eymann. Grund dafür sei allerdings die Verlängerung der Erwerbsersatzmassnahmen des Bundesrates. «Diese Massnahme verhindert, dass Selbstständigerwerbende sich in grösserer Zahl an die Sozialhilfe wenden müssen.» Es könnte also 2022 zu einem deutlichen Anstieg der Sozialhilfe kommen.

eine erste Information.» Das könne sich aber bald ändern, wenn die Bundesunterstützung auslaufe oder es zu Entlassungen käme und die Arbeitslosenunterstützung zu Ende gehe.

Sozialhilfekosten steigen, Bundespauschale läuft aus

Davor hat auch Martina Bircher Respekt. Die SVP-Nationalrätin ist gleichzeitig Sozialvorsteherin in Aarburg AG. Sie hat sich bei der Budgetierung an das mittlere Szenario der Skos gehalten. Was Bircher viel mehr Sorgen macht, ist die Tatsache, dass der zusätzliche Bedarf für Sozialhilfe 2022 genau mit dem Auslaufen der Bundespauschale für die 2015 in die Schweiz eingereisten Flüchtlinge zusammenfällt. «Das wird die Gemeindefinanzen schwerer belasten, als man sich es jetzt bewusst ist.» Auch die Skos rechnet damit, dass rund ein Drittel der zusätzlichen Sozialhilfekosten nichts mit Corona, sondern mit der Flüchtlingswelle zu tun haben werden. Weniger schlimm sieht die Situation in Basel aus. Die wirtschaftlich dominierende Pharma ist von der Krise bis jetzt kaum betroffen. Konkrete Zahlen wird die Finanzdirektorin Tanja Soland (SP) erst am Montag präsentieren. Doch ganz so rosig sind die Zeiten auch in der Rheinmetropole nicht mehr. Am Donnerstag sagte Soland in einem Interview gegenüber dem Onlineportal «Prime-news», die Volksinitiative ihrer eigenen Partei für «Gratis-Kitas für

alle» mit Kosten in der Höhe von 60 bis 100 Millionen Franken liege nicht mehr drin. Und dies ausgerechnet im Wahlkampf.

Klotens Stadtpräsident René Huber bleibt trotz der schlechten Aussichten gelassen. «Wir haben in guten Jahren Reserven angelegt», sagt er, «mit diesen werden

## «Es kommt mir vor wie ein Blick in eine Glaskugel»

Sandra Hess, Stadtpräsidentin von Nidau BE

wir die Liquidität sicherstellen.» Eine Steuererhöhung wäre ein falsches Signal, findet er. Allerdings werde man die Investitionen überprüfen müssen, und für einige neue Projekte fehle im Moment das Geld. Auch eine Leistungsüberprüfung werde man in Angriff nehmen. «Aber rund 80 Prozent der Ausgaben können wir gar nicht beeinflussen», sagt Huber, «wir müssten theoretisch alle beeinflussbaren Kosten auf null senken und würden dann immer noch rote Zahlen schreiben.»

Huber tut, was die meisten Städte vorhaben. In der Befragung des Städteverbandes gab die Hälfte der Befragten an, sich vermutlich verschulden zu müssen. Je ein Drittel will die Ausgaben reduzieren oder Reserven einsetzen. Steuererhöhungen sind kein Thema.



René Huber, Stadtpräsident von Kloten, vor seinem Stadthaus  
Foto: Thomas Egli



Tanja Soland, Finanzdirektorin Basel-Stadt  
Foto: Florian Bärtschiger



Silvia Steidle, Finanzdirektorin von Biel  
Foto: Nicole Philipp / Tamedia AG

# «Städte sollten Heizpilze zulassen»

Kurt Fluri, der Präsident des Städteverbandes, findet, die Gemeinden sollten nicht immer nur klagen. Es gebe positive Signale

Gemeinden und Städten drohen Steuerausfälle in Millionenhöhe. Was rollt da auf die Rechnungen und Budgets zu?

Da ist sehr unterschiedlich. Es gibt Städte, die sehr viel stärker betroffen sind als andere. Orte wie Biel oder Grenchen, deren Firmen mehrheitlich Industriegüter herstellen, von weltweiten Lieferketten abhängig sind und vom Export leben, bei denen steht viel mehr auf dem Spiel als beispielsweise in Solothurn. Gemeinden mit Autozulieferern oder Firmen im Umfeld der Luftfahrtindustrie sind stark betroffen.

Womit rechnen Sie in Solothurn? Wir rechnen im Moment noch nicht mit Einnahmenausfällen bei den Steuern, was auch damit zu tun hat, dass unsere Unternehmen vor allem in der Medizintechnik tätig sind. Richtig ist aber, dass es zu Mehrausgaben kommt, die ganz oder teilweise von den Städten aufgefangen werden müssen.

Wo ist dies der Fall? Ich denke an Schwimm- und Hallenbäder, die teilweise geschlossen waren oder deutlich weniger Eintritte hatten, oder an den öffentlichen Verkehr, der teilweise massiv weniger Einnahmen hatte, weil während Wochen niemand aus dem Haus ging. Hinzu kommen Mieterträge aus Gewerbeliegenschaften, bei denen wir, wie private Immobilienbesitzer auch, viele Mietzinse erlassen haben. Aber auch hier: Gemeinden mit weniger solchen Einrichtungen und Liegenschaften haben nun mit weniger Ausfällen zu kämpfen.

Das Parlament hat ja nun Unterstützung für den Ortsverkehr beschlossen.

Das ist richtig, aber erst nachdem wir uns dafür eingesetzt haben. Die Ebene der Städte und Gemeinden geht im Parlament meistens vergessen. Der Ständerat hat diese Woche die Berücksichtigung der Städte im Covid-Gesetz wieder herausgekippt. Das ist einfach nicht mehr zeitgemäss. Wir sind diejenigen, die zuerst und konkret merken, wo der Schuh drückt – lange vor den Kantonen und dem Bund. Mittelfristig droht ein Anstieg der Ausgaben für Sozialhilfe. Ja, ich habe die Szenarien der Skos gesehen. Aber ich bin nicht so pessimistisch wie die Skos. Zuerst greift die Arbeitslosenversicherung, dann muss jemand zuerst sein Vermögen bis auf 4000 Franken einsetzen. Erst danach hat er Anspruch auf Sozialhilfe.

Es wird einen Anstieg geben, aber er ist bis jetzt weniger schlimm als befürchtet. Entscheidend ist, dass die Wirtschaft bald wieder läuft wie vor der Krise.

Tut sie das? Nein, das tut sie noch nicht. Aber wir sollten auch nicht immer nur klagen. Wenn ich an die Gastronomie denke, dann sehe ich positive Signale, nicht nur in den Bergen, die ja einen Rekordsommer hatten, sondern auch in den Städten. Das schöne Herbstwetter hilft da natürlich. Die Städte haben den Wirten mehr Fläche unter freiem Himmel zur Verfügung gestellt, damit sie mehr Umsatz machen können. Irgendwann ist das schöne Wetter vorbei.

Sollen die Städte dann sogenannte Heizpilze zulassen? Natürlich sind das Energieschleudern, aber in dieser Situation sollten wir uns flexibel zeigen und die Geräte zulassen. Die Beizen haben sowieso schon knappe Margen und müssen bei den Einnahmen massive Einbrüche aus dem Shutdown verkraften. Dort, wo dem eine kantonale Vorschrift entgegensteht, sollte diese mit einer Verordnung ausser Kraft gesetzt werden.

Müssen die Städte nun sparen? Wen es hart trifft, der muss sicher seine Kosten und Leistungen überprüfen und die Investitionen überdenken. Doch ich warne davor, kein Geld mehr auszugeben. Wenn die Infrastruktur vernachlässigt wird, dann wird es später meistens teurer. Die Städte werden versuchen, mit einer Mischung aus Kostenbewusstsein, neuen Schulden und dem Einsatz von Reserven die Krise zu überstehen. Wer in guten Jahren Schulden abgebaut hat, der hat nun mehr Spielraum.

Dominik Feusi